

24.11.1917

124

Die Friedensausichten auf Grund der Wirtschaftsbilanz des Krieges.

Von Professor Dr. Karl Hoffmeister.

Das Titanenringen, dessen Schauplatz Europa nunmehr durch zweieinhalb Jahre geworden ist, findet in der Weltgeschichte auch nicht annähernd seinesgleichen. Selbst die große Sturmflut der Völkerwanderung, welche den morschen Bau des alten römischen Weltreiches zertrümmerte, ist trotz der großen Verschiebungen der Völker und Völkerwohnsitze, die sie bewirkte, gegenüber dem heutigen Völkerringen doch nur dem Sturm im Wasserglase vergleichbar.

Allein nicht nur dadurch unterscheidet sich der heutige Weltkrieg von allen früheren Kriegen, daß er Heere, Flotten und Waffen von nie geahnter Kraft und Wirksamkeit ins Treffen führte, sondern vor allem auch dadurch, daß die gesamte Kraft des Wirtschaftslebens und der Staatsfinanzen aller am Kriege beteiligten Völker in den Dienst dieses Ringens gestellt wird, und dessen Ausgang daher mindestens ebensosehr von der Wirtschaftskraft und Finanzkraft der Kriegführenden wie von den Heeren, Flotten und Waffen abhängt.

Überblicken wir die bisherige Wirtschaftsbilanz der Kriegführenden, so ergibt sich folgendes eigentümliche Bild: Zunächst schien es bei Kriegsbeginn, als müßte das wirtschaftliche Übergewicht in kürzester Zeit auf Seiten der Ententemächte liegen und zugunsten der Zentralmächte flüchtig werden. Der Abschluß vom Weltverkehr sollte uns der wichtigsten industriellen Rohstoffe und der Nahrungsmittelzufuhr berauben, sollte Deutschland von seinen Kolonien abgesperren und ihm seinen 20 Milliarden Mark betragenden Außenhandel rauben, von dessen Ertragnis doch breite Volksschichten ihr Einkommen gezogen hatten. Arbeitslosigkeit und Hunger hätten also die von der Entente prophezeiten Folgen sein müssen.

Allerdings kam es ganz anders, da, wie Naumann ganz richtig bemerkte, eine Not die andre heilte. Wäre Deutschland bloß wirtschaftlich von seinen Absatzmärkten abgesperrt worden, ohne gleichzeitig mobilisieren zu müssen, dann hätte allerdings die Störung in Industrie und Handel zu Arbeitslosigkeit und Hunger führen müssen, selbst wenn Lebensmittel in noch so reichlicher Zahl und zu noch so billigen Preisen vorhanden gewesen wären. Weil aber Deutschland gleichzeitig Krieg führen, das heißt mobilisieren mußte und die Mobilisierung so viele Arbeitskräfte den Zivilberufen entzog, so war es trotz reduzierter wirtschaftlicher Tätigkeit im Hinterland dennoch den zurückgebliebenen Arbeitskräften möglich, stets Arbeit zu finden und parallel mit dem Fortschreiten der Teuerung auch ihre Löhne zu steigern. Die Folge davon ist, daß heute bei den Zentralmächten weit weniger Klagen über die Lebensmittelpreise als über die Lebensmittelknappheit zu hören sind und speziell die arbeitenden Schichten der

Bevölkerung über Mangel an Einkommen fast gar nicht, sondern nur über die Mängel der Lebensmittelversorgung und -verteilung Beschwerde führen.

Ganz anders erging es schon in England, wo mangels der allgemeinen Wehrpflicht die Lebensmittelteuerung nicht sofort mit den Masseneinberufungen zusammenfiel und die Arbeiter, an denen zunächst noch kein Mangel bestand, auch nicht annähernd die der Teuerung entsprechenden Lohnerhöhungen durchsetzen konnten. Nun hängt aber das Fühlbarwerden einer Teuerung in erster Reihe davon ab, ob das Einkommen der breiten Volksschichten im selben Prozentverhältnisse wie die Teuerung der wichtigsten Bedarfsartikel fortschreitet oder aber hinter denselben zurückbleibt. Im ersten Falle würde die Teuerung überhaupt nicht fühlbar werden, im letzteren Falle um so mehr, je weniger die Einkommenserhöhung mit der Teuerung Schritt hält. Es ist daher ohne weiteres möglich, daß in dem einen kriegführenden Staate die Preise der täglichen Bedarfsartikel eine prozentuell geringere Steigerung aufweisen als in andern Staaten und dennoch diese geringere Teuerung auf die breiten Schichten der Bevölkerung drückender wirkt als in einem andern Staate eine größere Teuerung. So können wir beispielsweise in England an der Hand privater und amtlicher Statistiken eine Steigerung der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel um 60 bis 65 Prozent konstatieren, während bei uns die Teuerung seit Kriegsbeginn weit höher veranschlagt werden muß. Dennoch steht der englische Arbeiter, wie aus Haushaltsvergleichen hervorgeht, heute mit seiner notwendigen Nahrungsmittelversorgung gegenüber der Zeit des Kriegsbegins weit schlechter da als der Arbeiter in den Zentralmächten, der noch dazu die Entbehrungen, welche ihm auferlegt werden müssen, leichter in dem Bewußtsein zu tragen vermag, daß dieselben die Folge einer allgemeinen Lebensmittelknappheit, nicht aber etwa die eines zu geringen Einkommens sind. Faktum ist, daß zahlreiche Arbeiterfamilien in England, die bis zum Kriegsausbruch als für ihren Stand wohlhabend zu bezeichnen waren, heute auf die Stufe der ärmsten Bevölkerungsschichten herabgesunken sind. Die Lohnerhöhungen blieben, wo sie wirklich eintraten, hinter den Preissteigerungen weit zurück, wobei insbesondere in Betracht kommt, daß speziell die Fleischmahlung, welche früher für den englischen Arbeiter die allererste Rolle spielte, auf das Vierfache des früheren Preises gestiegen ist.

Dabei ist die englische Öffentlichkeit keineswegs blind gegen derartige Verhältnisse, die sich, wie man auch in England nicht anders erwartet, in der Zukunft durch den deutschen U-Boot-Krieg noch gewaltig verschärfen müssen. So hat zum Beispiel „Daily News“ offen zugegeben, daß die Lebensmittelversorgung Englands von ausschlaggebender Bedeutung für den Ausgang des Krieges sei und daß die Stellung Englands und seiner Verbündeten in Bezug auf Lebensmittel und Geld weniger sicher sei als militärisch, da England den Krieg auf einer Goldbasis führen müßte, und an dem Tage, wo es dies nicht mehr könnte, in Gefahr sei, die Zentralmächte hinter sich zu lassen, auf einen Sieg ihres

Ausharrungsvermögens zu rechnen und zu hoffen, daß die Erschöpfung der Entente eher eintrete als die eigene. Man müsse in England offen zugeben, daß sich diese Auffassung begründen ließe.

Auch der in dieser Auffassung der „Daily News“ gebrachte Hinweis auf die Goldbasis der englischen Kriegführung bedarf einer großen Schwäche der englischen Finanzwirtschaft auf: Abgesehen davon, daß die Kriegsausgaben Englands jetzt 114 Millionen Mark täglich betragen, während Deutschland mit seinem enormen Heeresaufgebot nur 70 Millionen Mark tägliche Kriegskosten hat, wird die Aufnahme der notwendigen Anleihen für England immer schwieriger. Der große Geldgeber Englands war von jeher Amerika, das sich jedoch — Geschäft ist Geschäft — stets vorsichtig hielt. England und Frankreich mußten sich daher zu der demütigenden Bedingung herbeilassen, Deckung für die Anleihen in Gestalt von neutralen, vor allem von amerikanischen Werten für neue Kredite zu geben, bis eines Tages auch diese Möglichkeit erschöpft war, weil man keine derartigen Werte mehr besaß. Nun wollte man englische und französische Papiere als Deckung geben, wogegen jedoch die amerikanische Bankkontrolle auftrat, indem sie vor der Festlegung flüssiger Kapitalien in solchen Geschäften warnte. Die englische Presse selbst bezeichnete dieses Vorgehen des amerikanischen Kapitals „als eine Torpedierung des Kredits der Alliierten ohne vorherige Warnung“.

Als ganz besonders drohender Umstand kommt für die Zukunft noch für England das Ernährungsproblem auch aus dem Grund in Betracht, weil nebst den durch die U-Boote stets verringerten Schiffsraum auch noch die Wirkungen der Fehlfunktionen in Nordamerika, Kanada und Argentinien im letzten Jahr dazu kommen. Die gestiegenen Lebensmittelpreise in Nordamerika haben nämlich bereits Tausende von Petitionen an die Regierung der Vereinigten Staaten zur Folge gehabt, in denen zugunsten der Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiterbevölkerung ein Ausfuhrverbot für Getreide verlangt wird.

Amerikas Interesse an einem baldigen Friedensschluß wird daher sehr begreiflich. Soll es seine Schuldner, wenn es ihnen die Nahrungsmittelzufuhr einstellt, zu den Besiegten in diesem Kriege machen? Oder soll es ihnen zur stets steigenden Unzufriedenheit der eigenen Bevölkerung noch weiter Nahrungsmittel liefern, die sich allein aber auch noch nicht genügen, um England und seinen Vasallen das Durchhalten zu ermöglichen? Da müßte sich Amerika schon auch noch dazu verstehen, weiterhin Geld auf stets abnehmende Sicherheit zu borgen, was Amerika bisher verhorreszierte. Wollte jedoch England Nordamerika als Nahrungsmittellieferanten mit andern Staaten vertauschen, so bliebe nur Argentinien, das jedoch selbst einer Misere entgegensteht, und Australien übrig. Nun beruht aber, wie Rudolf Kjellén in „Nya Dagligt Allehanda“ (Stockholm) vom 4. Dezember ausführt, die Bodenbearbeitung gegen 1915 vermindert in Amerika um 17,2, Rußland um 16,7, Kanada um 22,3, England um